Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 164 (1998)

Heft: 4

Anhang: Eine glaubwürdige Armee braucht eine glaubwürdige Finanzierung : Beilage zur "Allgemeinen schweizerischen Militärzeitschrift" ASMZ Nr. 4/1998

Autor: Brunner, Dominique

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine glaubwürdige Armee braucht eine glaubwürdige Finanzierung

Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft
für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM)
Postfach 14, 3000 Bern 15, PC-Konto 30-3154-8

EIDGENÖSSISCHE MILITÄRBIBLIOTHEK
BIBLIOTHÈQUE MILITAIRE FÉDÉRALE

Beilage zur «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift»
ASMZ Nr. 4 / 1998

Eine glaubwürdige Armee braucht eine glaubwürdige Finanzierung

Verfasst von:
Dominique Brunner, Mitbegründer der AWM, Oberst i Gst

Inhaltsverzeichnis

1	Die Synthese vorangestellt	3
2	Gefährliches Hüst und Hott in der Sicherheitspolitik	6
3	Finanzielles Aushungern der Armee	11
4	Folgen für Sicherheitspolitik und Armee	17
5	Fragwürdiges politisches Vorgehen	18
6	Nicht unwichtige wirtschaftliche Aspekte	21
7	Zusammenfassung	23

Die **«Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee» (AWM),** gegründet 1983, ist ein Zusammenschluss von gesamtschweizerisch wirkenden, an militärpolitischen Fragestellungen interessierten Organisationen und Verbänden. Sie behält sich vor, zu Fragen nationaler Bedeutung geschlossen ihre Meinung kundzutun. Sie anerkennt dabei die Autonomie der einzelnen Mitglieder.

1 Die Synthese vorangestellt

Wie in jedem anderen Land, aber doch anders als in jedem anderen Land sind die Ausgaben für die – namentlich militärische – Verteidigung in der Schweiz ein seit eh und je umstrittenes Thema.

Warum das hier mehr als andernorts so ist, erklärt sich insbesondere aus dem schweizerischen politischen System: dem der «démocratie semi-directe» (André Siegfried), also der «consiliaren Demokratie» (Max Imboden), kurzum der Referendumsdemokratie. Sie überträgt anders als der «repräsentative Verfassungsstaat» dem Volk unmittelbare Entscheidungsgewalt.

Wohl sind Vorstösse mit dem alleinigen Ziel, die Militärausgaben verfassungsmässig zu begrenzen oder zu reduzieren, bisher nie dem Volk vorgelegt worden. Aber nur weil z.B. zwei Initiativen in diese Richtung (Chevallier-Initiativen) 1956 unter dem Eindruck verschärfter Bedrohung zurückgezogen und eine andere (der Sozialdemokraten) 1995 vom Parlament ungültig erklärt wurde.

Verantwortungsbewusste Volksentscheide

Dagegen entschied das Volk mehrfach über Initiativen, welche die Verteidigungsfähigkeit im Kern bedrohten und deren Gutheissung natürlich eine mehr oder weniger massive Reduktion der Militärausgaben zur Folge gehabt hätte. Um nur die jüngsten zu nennen: Bei der Initiative «für eine Schweiz ohne Armee» (1989) hätte ein Ja die Eliminierung aller Militärausgaben bedeutet. Bei der Initiative derselben Kreise «für eine Schweiz ohne neue Kampfflugzeuge» (1993) hätte ein Ja a priori bedeutet, dass 3,5 Milliarden nicht ausgegeben worden wären. Und bei der Initiative für ein Rüstungsreferendum (1987) wäre ein Ja mit einem permanenten Damoklesschwert über jedem Rüstungsprogramm gleichzusetzen gewesen. **Das Volk (Volk und Stände) hat alle diese Vorstösse abgewiesen – und das innerhalb der letzten elf Jahre.**

Volksentscheide zählen – nicht Meinungsforschungen

Eine erste Folgerung ergibt sich daraus: Nirgendwo sonst auf dieser Erde hat das souveräne Volk binnen einer so kurzen Frist allen Versuchen, die Landesverteidigung zu unterhöhlen und nicht zuletzt finanziell zu schwächen, eine so klare Absage erteilt. **Unter diesen Umständen erscheinen die von Gegnern einer glaubwürdigen Verteidigung in Politik und Medien seit Jahr und Tag**

ins Feld geführten Ergebnisse von Meinungsforschungen, wonach das Volk einen erheblichen Abbau der Verteidigungsausgaben befürworte, als völlig irrelevant. Das Schweizervolk hat, anders als so gut wie alle anderen (Ausnahmen: einige U.S.-Gliedstaaten, europäische Staaten bei aussergewöhnlichen Entscheidungen wie etwa dem Beitritt zur EU, zu Maastricht, zur NATO), immer wieder Gelegenheit, in Sachfragen zu entscheiden. Also verbindlich ja oder nein zu sagen. Meinungsforschungen sind in der Schweiz ein beliebter «passe temps» von Medienleuten und Politikern – nicht viel mehr.
Also sind die Ausgaben für die Verteidigung in der Schweiz regelmässig ein Diskussionsthema – alles andere könnte nur erstaunen. Aber wenn es ernst wird, dem Volk ein konkreter Antrag unterbreitet wird, über den mit konkreten Folgen entschieden wird, bejaht dieses Volk direkt oder indirekt die Landesverteidigung und eben diese Ausgaben. Das belegen nicht nur die vorerwähnten Beispiele, sondern viele andere auch.

Anstössige dilettantische Behandlung der Halbierungsinitiative (Umverteilungsinitiative)

Es ist infolgedessen nicht nur rechtsstaatlich fragwürdig, sondern auch politisch höchst unklug, einem Volksentscheid über die Militärausgaben, ist er einmal durch eine zustandegekommene Volksinitiative verbindlich programmiert, aus dem Wege gehen zu wollen bzw. diesen Entscheid auf die lange Bank zu schieben. Das machen Bundesrat und Verteidigungsdepartement (VBS, ehem. EMD) zurzeit. Aber sie machen nicht nur das. **Sie erfüllen im wesentlichen im voraus die Forderungen einer sozialdemokratischen Volksinitiative, der nach der Ungültigerklärung der «Halbierungsinitiative» eingereichten «Umverteilungsinitiative». Diese will ein und dasselbe: die Militärausgaben – Ausgaben für die «Landesverteidigung», was etwas mehr ist – auf 50 Prozent reduzieren.**

Militärausgaben in neun Jahren real um mehr als ein Viertel gesenkt

Dabei hat die Schweiz die Verteidigungsausgaben im Gleichschritt mit der Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion ab 1990 drastisch herabgesetzt. In Realwert (Ausschluss der Inflation) haben die schweizerischen Militärausgaben zwischen 1990 und 1998 (Budget 98) um 28 Prozent abgenommen. Die Rüstungsausgaben wurden am stärksten komprimiert: um 38 Prozent. Die Kosten der Verteidigung sind in solchem erheblichem Umfang einschneidend vermindert worden durch:

- die Verkleinerung der Armee um grob ein Drittel;
- die beträchtliche Verringerung der Rüstungsbeschaffung;
- den erheblichen – in der Bundesverwaltung wohl einmaligen – Abbau des Personalbestandes des Verteidigungsdepartementes.

Die sozialdemokratische Partei hat ihre Initiative auf Halbierung der Militärausgaben im März 1991 beschlossen. Kurz zuvor hatte der reale Abbau der Ausgaben für die Verteidigung eingesetzt. Nach der Ungültigerklärung dieser Anti-Armee-Initiative der Linken 1995 haben die gleichen Leute mit ihrer «Umverteilungsinitiative» einen neuen Versuch gestartet. Dies obwohl der Krebsgang der Militärausgaben längst eingeleitet worden war. Dass die Linke, welche die Selbstverteidigungsfähigkeit der Schweiz ausser in der Zeit des Zweiten Weltkrieges und unmittelbar danach oft nur halbherzig oder überhaupt nicht bejaht hat, inzwischen zum Halali auf die Armee bläst, kann niemanden überraschen.

Viel gravierender ist es aber, dass der Bundesrat aus Gründen der Bequemlichkeit – ohne ausreichende sachliche, strategische, operative, organisatorische Rechtfertigung – den Militärbereich als einen der primären Sparbereiche zur Entlastung des Bundeshaushaltes auserkoren hat und benutzt.

Mit dem «Stabilisierungsprogramm 98» will der Bundesrat eine erneute Reduktion der Militärausgaben erzwingen. Dann wäre der Realwert der Militärausgaben zwischen 1990 und 2001 um 37 Prozent, der der Rüstungsausgaben gar um 49 Prozent gesenkt. Auf die Bedürfnisse der neuen Armee wird nicht Rücksicht genommen. Denn diese Bedürfnisse sind noch keineswegs klar definiert. Der Ende Februar erschienene Bericht der Studienkommission Brunner Edouard vermittelt zum Teil wertvolle Anregungen, ist aber – zu Recht – allgemein gehalten. Dieses Vorgehen ist also nicht vertretbar.

2 Gefährliches Hüst und Hott in der Sicherheitspolitik

Die Sicherheitspolitik eines Staates orientiert sich an Zielen, für die sicherheitspolitische Massnahmen relevant sind, und an Bestrebungen und Massnahmen anderer Staaten oder zum Einsatz von Macht befähigter Organisationen und Gruppierungen, die den eigenen Zielen widersprechen.

Ziel der Sicherheitspolitik ist die Wahrung der eigenen Staatsinteressen in der Auseinandersetzung mit den diese Interessen gefährdenden Aktivitäten von zur Machtausübung befähigten Akteuren. Kriterium ist die Ausübung von Zwang durch die Kräfte, die die eigenen Ziele in Frage zu stellen trachten. Sicherheitspolitik ist nicht loszulösen von fremder Zwangsausübung in feindlicher Absicht. Das Grundphänomen ist dialektischer Natur und daher grundsätzlich strategisch.

Die Formen der Zwangsausübung – coercition – sind vielfältig. Sie reichen – nach Beaufre – «vom Atombeschuss bis zum Handelsvertrag und zur Propaganda». Zwang wird nicht nur mit seiner effektiven, materiellen Ausübung bewirkt, sondern je nachdem mit der blossen Drohung mit eben dieser Ausübung.

Der Krieg – welcher Art auch immer – als zentrales Phänomen

Der klassische sicherheitspolitische Tatbestand ist die Ausübung militärischen Zwangs, also der Krieg. Was den Krieg ausmacht, ist dass er mit Waffeneinsatz verbunden ist und blutige – sowie materielle – Verluste verursacht («Une lutte sanglante et armée entre groupes organisés», Bouthoul). **Weil er die grundsätzlich ernsteste Gefahr darstellt – die Geschichte des Jahrhunderts belegt es zur Genüge, 10,5 Millionen Tote im Ersten Weltkrieg, 50 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg, mehr als 15 Millionen Tote seit dem Zweiten Weltkrieg – ist der Krieg in letzter Konsequenz der für die Sicherheitspolitik zentrale Faktor. Das gilt, ob man ihn zuallererst zu verhindern trachtet oder ihn als Mittel einsetzen, ihn führen will.**
Infolgedessen sind Streitkräfte das potentiell oder praktisch zentrale Instrument der Sicherheitspolitik.
Das wird in Zeiten sicht- oder fühlbarer militärischer Bedrohung allgemein verstanden. Dabei braucht nicht einmal Krieg förmlich in der näheren oder weiteren Umgebung geführt zu werden wie – von der Schweiz aus gesehen – 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945. Es wird angesichts bedeutender Rüstung einer Hegemonialmacht, die Unabhängigkeitsregungen im eigenen Einflussbereich brutal unterdrückt, mindestens im allgemeinen auch verstanden. Das

war in der Periode von 1950 bis 1990 mit Blick auf die Sowjetunion der Fall. **Weit weniger erkannt und bejaht wird die Bedeutung von Streitkräften, wenn eine greifbare Bedrohung fehlt – oder, wie in jüngster Zeit, zu fehlen scheint. Rasch verdrängt wird geschichtliche Erfahrung, und gerne erliegt man dem Wunschdenken: Da die bedrohliche Sowjetmacht verschwunden ist und der Kern dieser imperialen Macht, Russland, weder den Willen noch die Kraft hat, offensiv vorzugehen; da in Westeuropa und neuerdings auch in Ost-Mitteleuropa nur noch demokratisch regierte Staaten auszumachen sind, haben Streitkräfte entscheidend an Bedeutung verloren – oder sind einfach überflüssig geworden.** Das ist nicht nur die Wahrnehmung vieler, es ist teilweise die unausgesprochene Prämisse, von der die schweizerische Sicherheitspolitik de facto gegenwärtig ausgeht.

Kurzsichtige Betrachtungsweise

Die strategische Analyse legt andere Schlüsse nahe. Ist sie seriös, so beschränkt sie sich nicht auf den augenblicklich feststellbaren Zustand. **Sie bezieht die neuere relevante Erfahrung genauso ein wie nüchtern erkennbare Konfliktpotentiale.**

Die erste frappante Beobachtung ist die, dass die Auflösung der Hegemonialmacht Sowjetunion und die Freigabe des von ihr beherrschten osteuropäischen Glacis den Frieden auf der eurasischen Landmasse zunächst jedenfalls nicht gefördert haben. Der Vorgang hat Gewaltanwendung in grösserem Stil provoziert oder ermöglicht. Ab 1991 kam es in Ex-Jugoslawien zum längsten, grössten und durchaus grausamsten Krieg in Europa seit 1945. Weiter beunruhigten zahlreiche, teils anhaltende, blutige Auseinandersetzungen den Süden und Südosten der ehemaligen Sowjetunion. **Kaum einer dieser Konflikte ist dauerhaft beigelegt. Generell ist festzustellen, dass Instabilität für die Verhältnisse in Teilen des Balkans und im Südosten Eurasiens charakteristisch geworden ist.** Eben als Folge des Verschwindens der Hegemonialmacht Sowjetunion und auf der Basis zahlloser Konfliktgründe – demographischer, nationaler und kulturell-ethnischer sowie rein machtpolitischer Natur.

Die entscheidende Folgerung ist die, dass es wieder sehr waghalsig geworden ist, längerfristige Prognosen über die künftige sicherheitspolitische Entwicklung zu stellen. Offenbar ist man im Westen und ganz besonders in der Schweiz noch in der Vorstellung befangen, es sei wie früher, in der fünfzig Jahre dauernden Phase der Konfrontation zwischen Ost und West in Europa: dauerhaft dasselbe und daher berechenbar.

Warum drängen die wieder freien Osteuropäer in die NATO?

Die erst vor kurzem effektiv wieder souverän gewordenen ost-mitteleuropäischen Staaten scheinen die Lage anders zu empfinden oder zu beurteilen als viele in der Schweiz. Sie halten die Stabilität und den Frieden nicht für ein für allemal gesichert. **Daher drängen sie alle in die NATO – und sind enttäuscht, wenn sie zunächst ins Wartezimmer verwiesen werden.** Wenn sie keinerlei Gefahren sehen oder für möglich halten würden, würden sie doch eher für Bündnisfreiheit oder Neutralität optieren. Aber nein, sie wollen in die NATO und Verteidigungslasten mittragen. Man hat nicht genug gewürdigt, was es bedeutet, dass das ungarische Volk Ende 1997 in einer Abstimmung den Beitritt des Landes zur NATO eindeutig bejaht hat – verbunden mit allen Pflichten, die daraus resultieren. Diese sind namentlich finanzieller Natur, da mit grossen Investitionen die Armee und ihr Gerät NATO-kompatibel gemacht werden müssen.

Militärische Bedrohung war vor der Wirtschaft «globalisiert»

Diejenigen, die täglich von Globalisierung reden und dabei die die Wirtschaft revolutionierenden Vorgänge meinen, müssen daran erinnert werden, dass die massgebenden technischen Faktoren der «Globalisierung», elektronische Datenverarbeitung und zeitverzugslose Datenübermittlung, dazu leistungsfähiger Lufttransport, entscheidend unter dem Einfluss des Wettrüstens, namentlich des nuklearen, im Zeichen der Ost-West-Konfrontation entwickelt wurden. **Wie schon in vergangenen Perioden, aber rascher und ausgeprägter als je, waren Konflikt und daraus resultierender Rüstungswettlauf frei nach Heraklit «die Väter vieler Dinge». Also bedeuten die der Globalisierung zugrundeliegenden technologischen Gegebenheiten, dass mögliche militärische Bedrohung auch «globalisiert» ist insofern, als sie sich sehr rasch und überall konkretisieren kann.** Das ist im übrigen seit längerem der Fall (atomar bewaffnete Langstreckenbomber ab den 50er, ballistische Lenkwaffen ab den 60er Jahren, rasche Verschiebbarkeit konventioneller Truppen zur See und in der Luft seit langem).

Also ist es ein echter Trost für jeden um die Vermeidung organisierter Gewalt Besorgten, dass die Hochrüstung betreibende imperiale Macht Sowjetunion verschwunden ist. Aber es besteht für ein Land wie die Schweiz, solange sie als irgendwie souveräner Staat bestehen will, kein Grund, ihre militärischen Vorbereitungen gröblich zu vernachlässigen – nur weil die Schweiz «nur von Demokratien umgeben ist». Das war sie nämlich spätestens seit der Konstituierung der deutschen Bundesrepublik 1949.

Faktor Demographie

Konfliktstoff ist nicht nur weit im Osten, sondern im Balkanraum wie am Südsaum des Mittelmeers angehäuft. Auf die Bereitschaft zu gewaltsamer Auseinandersetzung übt die demographische Entwicklung einen entscheidenden Einfluss aus. Die Vorstellung, eine demokratische Staatsform biete Gewähr für friedliche Aussenpolitik, ist so verbreitet wie töricht. Die eine starke Bevölkerungsvermehrung erlebenden Demokratien England, Frankreich und USA betrieben bis zum Ersten Weltkrieg eine überaus expansive, mit dem Einsatz von Gewalt verbundene Aussenpolitik. Von einer echten demokratischen Ordnung sind zudem die allermeisten Staaten mehr oder weniger weit entfernt. **Dass viele gewaltsame Konflikte der jüngsten Zeit innerhalb von Staaten ausgetragen wurden, Bürgerkriegscharakter aufwiesen, ist nicht trostreich. Und solche Auseinandersetzungen können sich rasch ausbreiten, zwischenstaatlichen Charakter annehmen.** Sie wirken sich zumindest in Fluchtbewegungen oder Migrationen aus, die durch die Kombination moderner Transportmöglichkeiten mit beschränkter Reaktionsfähigkeit europäischer Regierungen, auch der schweizerischen, gravierende Ausmasse annehmen können.

Zahllose Konfliktgründe und -vorwände ergeben in Verbindung mit galoppierender Demographie bei wirtschaftlicher Rückständigkeit, Rücksichtslosigkeit von Machthabern und immer mehr Staaten zugänglicher moderner Waffentechnologie – einschliesslich ABC-Waffen – ein auf weitere Sicht sehr ernstzunehmendes Gefahrenpotential.

Fragwürdige Vorwarnzeit – Begriff

Die entscheidende Folgerung ist die, dass die Zukunft, grundsätzlich wie schon immer, sicherheitspolitisch-strategisch schwer oder nicht voraussehbar ist. Wer von einer «Vorwarnzeit» von z. B. fünf oder zehn Jahren spricht und damit zur Tagesordnung übergehen zu können glaubt, beweist mangelnde geschichtliche Bildung und ungenügende strategische Urteilskraft. Die Dinge sind viel beunruhigender unstabil als zur Zeit der offenen Konfrontation zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion und ihren namentlich europäischen Verbündeten. **Also kann man wohl den Bereitschaftsgrad partiell senken, geht aber Risiken ein, für die man dereinst die Verantwortung vielleicht nicht wird übernehmen können, wenn man die militärischen Kapazitäten übermässig reduziert.**
Eine Armee, über lange Zeit betrachtet einer der wesentlichen Faktoren der Sicherheitspolitik, improvisiert man nicht – oder dann um den Preis grösster Risiken. Motivation, Schulung und Ausbildung von Kader und Truppe ver-

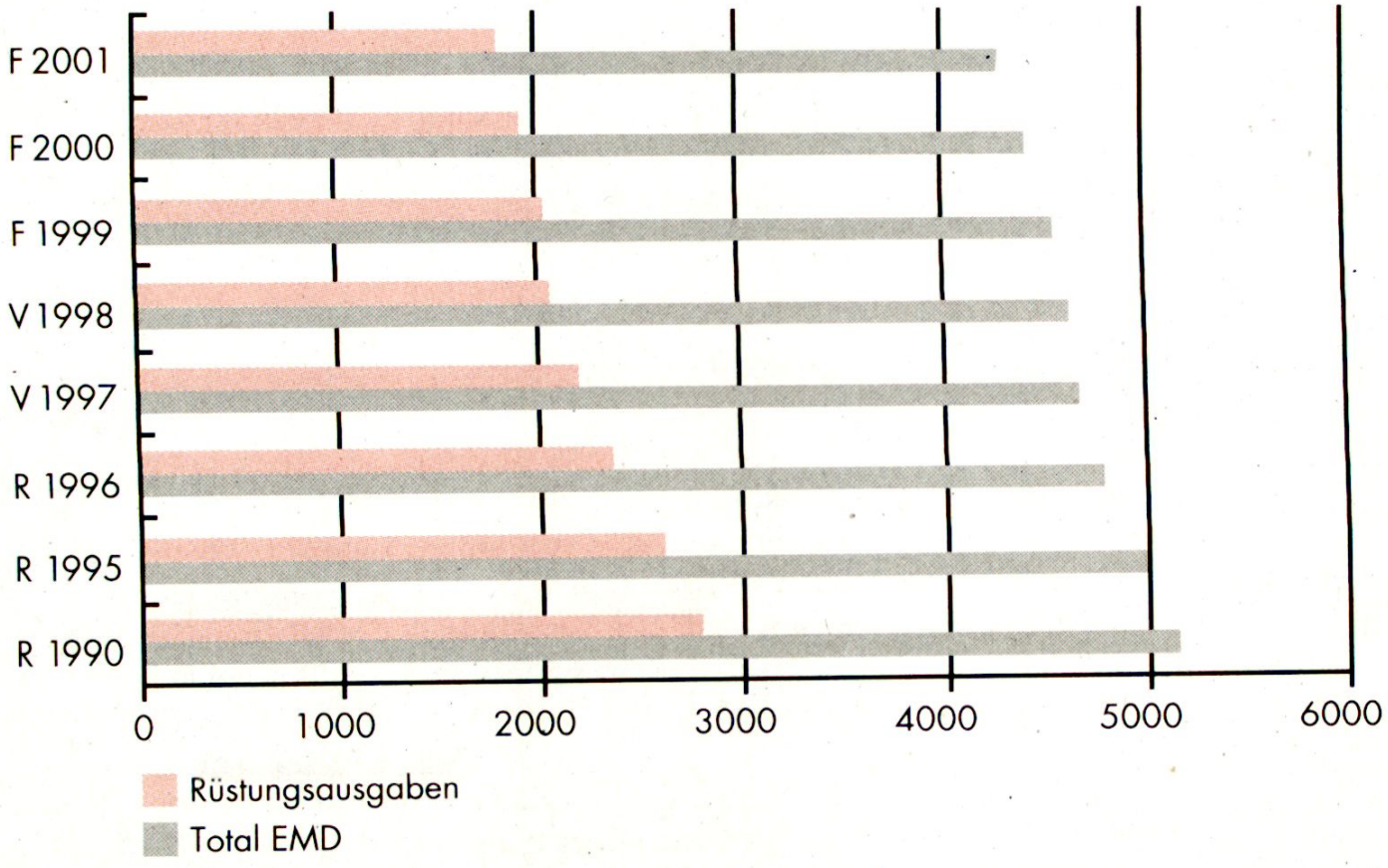
langen genauso wie Organisation und Ausrüstung militärischer Verbände ein gewisses Mindestmass an Kontinuität und Stabilität. Hüst und Hott wirkt sich hier unter Umständen verheerend aus.

Die Schweiz ist gegenwärtig dabei, bezüglich der Armee eben diesen Fehler zu begehen.

3 Finanzielles Aushungern der Armee

Die Schweiz hat unter dem Eindruck der Umwälzungen in Ost-Mitteleuropa 1989/90 – mit als strategischem Kernstück der deutschen Wiedervereinigung – rasch im Sinn der Anpassung der Armee an die sich ändernden Bedingungen gehandelt. Die Notwendigkeit eines Abbaus des aufgeblähten Armeebestandes war bereits 1989 erkannt worden. Ein neuer Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz zog die sicherheitspolitisch-strategischen Folgerungen aus der Preisgabe des osteuropäischen Glacis durch die Sowjetunion und nahm deren baldige Auflösung gewissermassen vorweg.

Entwicklung der nominalen Ausgaben EMD 1990 bis 2001



Die erhöhte Bedeutung anderer als rein militärischer Gefahren wie auch der grössere Stellenwert von Massnahmen zur Friedenssicherung und Konfliktbeilegung wurden betont. Die Wichtigkeit der Fähigkeit zur Landesverteidigung wurde aber bekräftigt. Das Grundsätzliche am Bericht bleibt gültig, weil wohl einiges – die Auflösung der imperialen Sowjetmacht und das Schwinden der militärischen Kraft des Ostens – in beruhigendem Sinn, anderes aber

– der Ausbruch offenen Krieges im Balkan, Instabilität im Süden der ehemaligen Sowjetunion – in besorgniserregendem Sinn geändert hat und vieles – Krisenpotential und Aufrüstung im östlichen Mittelmeer und im Mittleren Osten – grundsätzlich gleichgeblieben ist.

Richtiger Ansatz der Armee 95 ...

Der Armeebestand der Schweiz wurde in der Folge um ein Drittel gesenkt. Die Armee wurde reorganisiert. Das Aufgabenspektrum der Armee wurde erweitert, die Aufgaben im wesentlichen realistisch neu gewichtet. Das Wehrpflichtalter wurde gesenkt. Gegen all das ist nichts einzuwenden.

... aber problematische Ausführung

Problematischer sind die Änderungen in bezug auf Dienstdauer und -organisation sowie generell die Ausbildung. Der Übergang zu Diensten der Verbände im zweijährigen Rhythmus hat in Verbindung mit völlig ungenügender praktischer Schulung primär der Kommandanten potentiell verheerende Konsequenzen. **In dieser Beziehung ist die «Armee 95» eine Fehlleistung. Das Korrigieren dessen ist nur sehr bedingt eine Frage des Geldes. Es ist eine Frage der Pflichtbewusstseins und des Willens.**

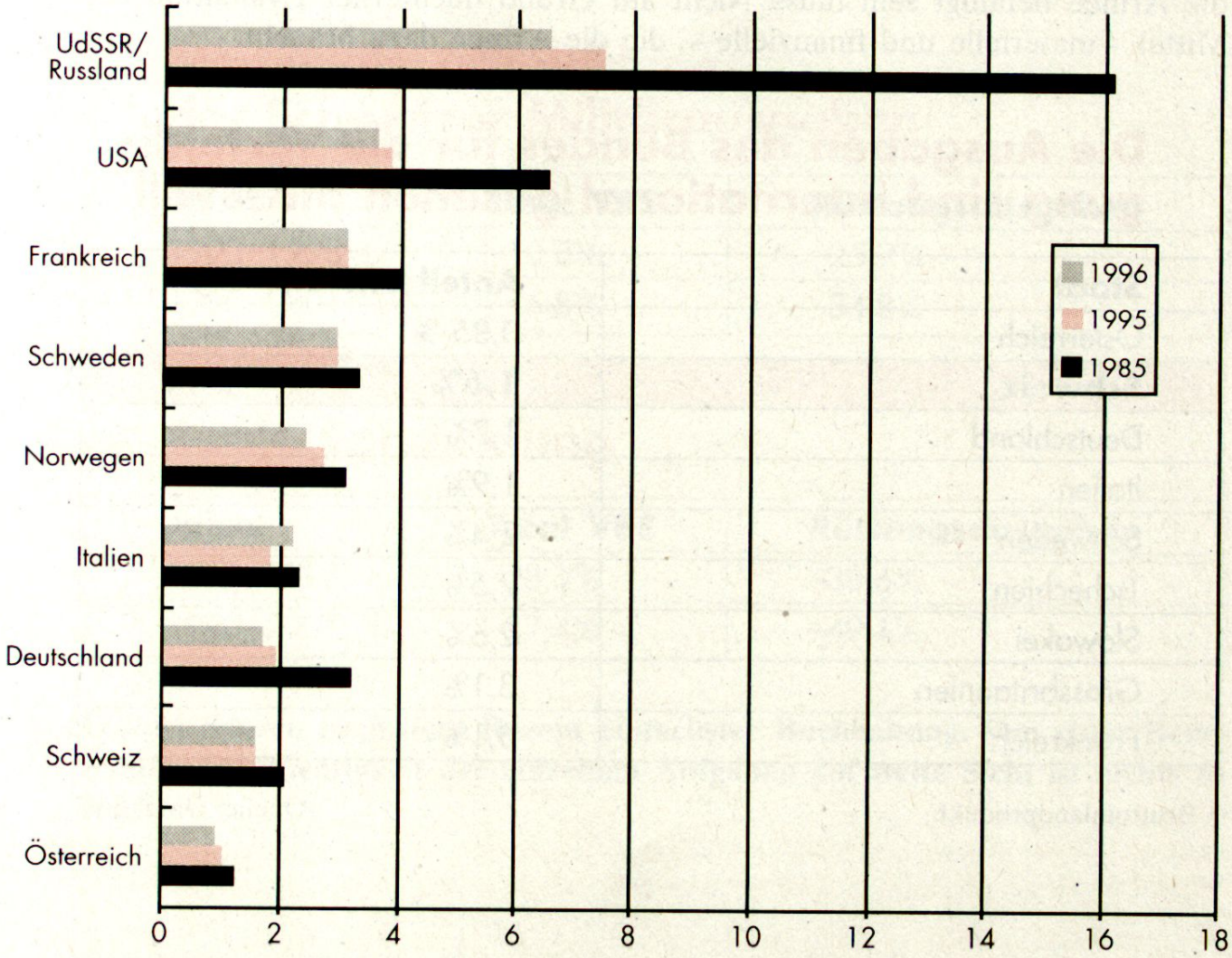
Einschneidende Reduktion der Militärausgaben

Parallel zur Reorganisation der Armee und des Verteidigungsdepartementes und zum Teil als Folge derselben wurden die Militärausgaben drastisch reduziert. **Sie sind zwischen 1990 und 1998 real – konstante Franken – um 28 Prozent zurückgegangen. Am stärksten betroffen waren die Rüstungsausgaben, die real um 38 Prozent gesunken sind. Die Belastung der Staatsfinanzen ist entsprechend massiv gesunken. Der Anteil der Militärausgaben an den Bundesausgaben entsprach 1985 rund 19%, 1990 rund 16%, er liegt für 1998 noch bei rund 10% Prozent.**
Im internationalen Vergleich ist der Anteil der staatlichen Aufwendungen für militärische Zwecke am Bruttoinlandprodukt niedrig und niedriger als in vielen vom wirtschaftlichen Potential her vergleichbaren Ländern. **Daran ändern die Lohnzahlungen der Arbeitgeber zugunsten der Militärdienst leistenden Mitarbeiter grundsätzlich nichts.** Sie sind nicht eine Leistung ohne Gegenwert. Ihnen steht, soweit die Armee effektiv den Sinn für Disziplin – im Sinn von Augustinus – fördert, ein staatspolitisch wichtiges Gemeinschaftsgefühl vermittelt und die Führungsfähigkeit der Kaderangehörigen spürbar stärkt, ein echter Gegenwert gegenüber.

Stabilisierung der Militärausgaben im Ausland

Die Schweiz war hinsichtlich dieser Entwicklung der Militärausgaben gewiss nicht allein. Vor allem in Westeuropa haben so gut wie alle Staaten den Aufwand für die Verteidigung angesichts einer modifizierten strategischen Lage gesenkt. Auch die USA, effektive Sieger in der jahrzehntelangen Auseinandersetzung mit der sowjetischen Grossmacht, haben ihre Streitkräfte angepasst und die Militärausgaben erheblich abgebaut. Die Militärausgaben der USA sind zwischen 1990 und 1997 real um ein Drittel zurückgegangen. Das entspricht etwa den Grössenordnungen in der Schweiz. Der grundlegende Unterschied ist der, dass die amerikanischen Militärausgaben – wie die Englands oder Frankreichs – vergleichsweise höher sind als die der Eidgenossenschaft. Und dass die USA ihre Aufwendungen fortan auf dem Niveau von 1998 real erhalten wollen.

Verteidigungsausgaben in Prozent des BIP



Quelle: The Military Balance 1997/98. The International Institute for Strategic Studies IISS. London 1997.

Kann man die Supermacht USA mit der Schweiz vergleichen?

Gewiss nicht. Insofern aber doch, als es sich um alte Republiken handelt, deren Territorien seit 1815 nie mehr unter Fremdherrschaft gerieten. Ausserdem ist das Staatsdefizit in den USA lange viel höher gewesen als das der Schweiz. Weiter sind die USA gewissermassen eine «Inselmacht», weitab vom Schuss, wenn man die heutigen schweizerischen Kriterien anwendet. Und diese Macht ist die erstrangige Atommacht, deren Heimatgebiet eigentlich nichts passieren kann. Aber man macht sich dort heute Gedanken über mögliche Bedrohungen und investiert zum Beispiel in Forschung und Entwicklung für ein «nationales» Lenkwaffenabwehrprogramm.

In der Schweiz bahnt sich ganz anderes an. Unter dem Eindruck einer tatsächlich besorgniserregenden Finanzlage der Eidgenossenschaft will man ein Sparschwergewicht dort bilden, wo schon bisher am meisten gespart wurde: bei der Verteidigung, sprich beim Militär. Das geschieht nicht auf Grund einer gründlichen Neubeurteilung der sicherheitspolitischen Bedürfnisse auf weite Sicht. Nicht auf Grund eine klaren Definition der Aufgaben, zu deren Lösung die Armee befähigt sein muss. Nicht auf Grund nüchterner Evaluation der Mittel – materielle und finanzielle –, die die Armee dazu braucht.

Die Ausgaben des Bundes für die Verteidigung sind international gesehen massvoll

Staat	Anteil am BIP*
Österreich	0,85 %
Schweiz	**1,6%**
Deutschland	1,7%
Italien	1,9%
Schweden	2,4%
Tschechien	2,5%
Slowakei	2,6%
Grossbritannien	3,1%
Frankreich	3,1%

* Bruttoinlandprodukt

Quelle: ÖMZ 3/97

Fehlende Begründung für weitere Rosskur beim Militär

Nachdem der Verteidigungsbereich seit 1990 den einzigen ins Gewicht fallenden Beitrag zur Sanierung der Bundesfinanzen geleistet hat, soll er finanziell erneut massiv benachteiligt werden. **Nach den Vorstellungen des Bundesrats – «Stabilisierungsprogramm 98» – sollen der Verteidigung bis einschliesslich 2001 weitere fast 900 Millionen weggenommen werden.**
Wird das Wirklichkeit, so werden die Ausgaben für die Verteidigung bzw. das Militär von 1990 bis 2001 in Realwert um 37 Prozent, die für die Rüstung um 49 Prozent vermindert worden sein. Jede stichhaltige Begründung fehlt. **Der Bundesrat macht es sich einfach. Die Sparschwerpunkte werden in den «ausgabenstärksten Aufgabengebieten» gesucht. Dabei wird die Entwicklung dieser Ausgaben in der neueren Zeit keineswegs berücksichtigt.** Die Ausgaben des Bundes für die soziale Wohlfahrt haben **nominal** von 1990 bis 1997 um 75 Prozent (Prognose 1990 bis 2000: +81%) zugenommen, die für den Verkehr um 53% Prozent (Prognose 1990 bis 2000: +74%) . Und die für die Verteidigung sind als einzige auch nominal zurückgegangen (1990 bis 1997: –8%).

Nominelle Entwicklung der Schweizer Militärausgaben

Jahre	Total VBS	Rüstungsausgaben
1990–1998	–10,3%	–25,9%
1990–2001	–16,8%	–34,8%

Reale Entwicklung

Jahre	Total VBS	Rüstungsausgaben
1990–1998	–28,1%	–38,6%
1990–2001	–37,4%	–49,1%

Das ist Sparen nach dem Rezept einfachster Buchhaltung. Von einer Beurteilung der Wichtigkeit der einzelnen Aufgaben auf weite Sicht ist nichts zu sehen.

4 Folgen für Sicherheitspolitik und Armee

Es ist offensichtlich leichtfertig, der Armee die finanziellen Mittel zu entziehen, ohne dass man sich über die konkreten Folgen Rechenschaft gegeben hat. Es ist im vorliegenden Fall nicht so, dass das Verteidigungsdepartement in Kenntnis aller Konsequenzen weitere Sparmöglichkeiten vorgeschlagen hätte. **Und es ist auch nicht so, dass auch nur einen Augenblick auf die bevorstehende Reorganisation der Armee Rücksicht genommen worden wäre. Ein solches Vorgehen wäre allenfalls noch angängig, wenn der Verteidigungsbereich bisher keine Opfer gebracht hätte. Das Gegenteil ist aber der Fall.**
Eine seriöse militärische Planung wurde bereits in den letzten Jahren durch die ständige Nichteinhaltung der Vorgaben – Finanzplan – erschwert. Die obere Grenze der jeweiligen Finanzpläne wurde ab 1991 systematisch unterschritten. Würden die neu vom Bundesrat vorgesehenen zusätzlichen Abstriche im Umfang von mehr als 800 Millionen bis 2001 realisiert, so hätte das Verteidigungsdepartement in dieser Periode zwei volle Jahresbudgets eingespart. **Wie soll eine neue Armee geplant werden können, wenn solche nun jahrelang zur Regel gewordene Ungewissheit über die dem Militär dann effektiv zur Verfügung gestellten Finanzen weiter herrscht?**

Unberechenbare Militärpolitik schadet im Ausland

Die Schweiz hat sich lange aus der Sicht des Auslandes durch Stabilität und Berechenbarkeit ausgezeichnet. Das ist gerade sicherheitspolitisch von Bedeutung. **Bei der zunehmenden Unsicherheit darüber, wie sich diese Armee weiterentwickeln und wie sie finanziert wird, wird die Glaubwürdigkeit dieser Sicherheitspolitik leiden.**
Bereits haben die Reduktion der Dienstzeiten und die Modalitäten der Dienste gemäss Armee 95 bei ausländischen Sachverständigen negative Reaktionen ausgelöst. Eine Glaubwürdigkeitskrise im Land und in der Armee zeichnet sich natürlich auch ab. Die permanente Beschneidung der finanziellen Mittel für die Verteidigung kann in Verbindung mit den ausbildungsmässigen Mängeln der Armee 95 zu Resignation oder Gleichgültigkeit führen. **Was nützt, wird man sich fragen, eine Armee, deren Ausbildung nicht mehr genügt und deren Rüstung bei Fortsetzung des bisherigen Trends nicht mehr angemessen erneuert werden kann? Manche werden dann schnell mit dem Schluss bei der Hand sein, man könne ebenso gut überhaupt auf eine Armee verzichten. An entsprechenden politischen Vorstössen fehlt es nicht.**
Gewichtige Feststellungen zeigen, dass die mit dem Stabilisierungsprogramm des Bundesrates vorgesehenen weiteren einschneidenden Kürzungen bei den Verteidigungsausgaben unhaltbar sind.

5 Fragwürdiges politisches Vorgehen

Der Abbau der Militärausgaben ist seit Jahr und Tag schleichend erfolgt. **Wer geglaubt haben sollte, dass die auf den Abbau der Militärausgaben drängende Linke damit zufriedengestellt würde, ist widerlegt.** Die Sozialdemokratische Partei verlangt mit ihrer Ende März 1997 eingereichten «Umverteilungsinitiative» («Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung – für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze») die Reduktion der Verteidigungsausgaben um 50 Prozent innerhalb von maximal 10 Jahren. Statt ihre Behandlung rasch einzuleiten, schiebt sie der Bundesrat auf die lange Bank.

Fehlbeurteilung des Volkes durch den Bundesrat

Das ist einmal taktisch falsch: Am 8. Juni 1997 haben Volk und Stände die Volksinitiative der SP «für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» massiv verworfen – 77 Prozent Nein, Nein aller Stände. Diese Initiative war von der SP am gleichen Tag beschlossen worden wie die erste Initiative auf Halbierung der Militärausgaben. Die jetzige «Umverteilungsinitiative» ist der Ersatz für jene Initiative. In den der Volksabstimmung vom 8. Juni vorangehenden Jahren haben die Aktivisten der Linken regelmässig für beide Initiativen gleichzeitig geworben. **Nachdem das Verdikt des Souveräns in Sachen Kriegsmaterialausfuhr so vernichtend für die Linke ausgefallen ist, müsste die Umverteilungsinitiative rasch dem Souverän unterbreitet werden.**

Kapitulation vor linker Dreistigkeit?

Das Versagen von Bundesrat und Verteidigungsdepartement wird durch das Verhalten der SP gegenüber dem bundesrätlichen Stabilisierungsprogramm dramatisch unterstrichen: In ihrem Sanierungsprogramm 2004 («Für gesunde Bundesfinanzen ohne Sozialabbau und ohne Notrecht: SP-Sanierungsprogramm 2004») weist die Partei jede Kürzung im Sozialbereich, beim öffentlichen Verkehr und beim Bundespersonal zurück. Die Sozialausgaben und der öffentliche Verkehr sind aber die beiden Aufgabengebiete, die seit 1990 die massivste Kostenzunahme aufweisen. Ihnen vor allem sind die Defizite zuzuschreiben.

Das SP-Programm will kräftig nur beim Militär sparen. 2 Milliarden sollen dort geholt werden: **«Angesichts der ‹ausgepressten Zitrone› gibt es ein politisch vertretbares Sparpotential nur noch in wenigen Bereichen. An erster Stelle steht hier das Militär. Die von der SP in Auftrag gegebene Studie Unter-**

seher zeigt, dass eine schlagkräftige, im internationalen Vergleich immer noch hochgerüstete Armee zum halben Preis zu haben ist.» Dieselbe SP hat aber bei der Behandlung des Rüstungsprogramms 97 die beantragte Modernisierung der Panzerartillerie bis aufs Messer bekämpft. Und die Studie Unterseher verlangt vor allem Artillerie (namentlich Raketen) ... Die obzitierte Aussage der Bundesratspartei SP ist eine plumpe Lüge.

Die SP hält das Volk zum Narren

Die SP steuert in der Frage der Militärfinanzen überhaupt einen widersprüchlichen Kurs. Sie ist völlig unaufrichtig. **Denn es ist nicht redlich, im März 1997 die «Umverteilungsinitiative» einzureichen, die die Verteidigungsausgaben innerhalb von 10 Jahren halbieren will, und im September 1997 die Halbierung bis zum Jahr 2004 zu fordern.** Im neuesten «Sanierungsprogramm» wird sie noch konkreter: Reduktion der Militärausgaben um zwei Milliarden kurzfristig, keinerlei Sparmassnahmen dort, wo die Ausgaben am schnellsten gewachsen sind und der Hauptgrund für das sich verschärfende Bundesdefizit liegt.

Ist die Umverteilungsinitiative der SP unbequem geworden?

Warum die Linke für ihre Umverteilungsinitiative kaum mehr die Trommel rührt, liegt auf der Hand. **Die von der Initiative vorgesehene Übergangsfrist von zehn Jahren, bis die Halbierung der Verteidigungsausgaben vollzogen wäre, ist ihr zu lang. Sie will die Militärkasse sofort plündern, um notwendige Abstriche in den ihr naheliegenden Sektoren zu verhindern. Der zweite Grund ist der, dass eine Bestimmung der Umverteilungsinitiative diesem Ziel entgegensteht. Die Initiative schreibt vor, dass ein Drittel der bei der Verteidigung eingesparten Mittel für Friedenspolitik einzusetzen sei. Also kann man gemäss Initiative nicht 50 Prozent der dem Militär weggenommenen Mittel zum Stopfen der Löcher im Sozialen, im öffentlichen Verkehr und beim Bundespersonal verwenden.**

Der dritte Grund ist wohl der, dass die SP auf den Bundesrat und Teile der Bürgerlichen als Erfüllungsgehilfen setzt. Sie kennt die Nachgiebigkeit des Bundesrates, die diesbezügliche Passivität des Verteidigungsdepartementes und den Opportunismus gewisser bürgerlicher Parlamentarier. **Und vielleicht erinnert sie sich doch an die schmählichen Niederlagen, die sie in neuerer Zeit mit ihren Volksinitiativen, etwa 1994 bezüglich Krankenversicherung oder 1997 betreffend die Kriegsmaterialausfuhr, erlitten hat.**

Vor diesem Hintergrund erscheint die Haltung des Bundesrates einschliesslich derjenigen der Spitzen des Verteidigungsdepartementes als besonders fragwürdig. Man will die Initiative erst später behandeln. Aber man erbringt vor-

her – siehe Stabilisierungsprogramm – weitgehende Konzessionen. Damit hofft man wohl, linkes Wohlverhalten zu erkaufen. Diese Annahme ist natürlich falsch. Das beschriebene Verhalten der SP im Jahr 1997 in dieser Frage ist nur ein Hinweis darauf. **Denn dieselbe SP lässt ein Konzept einer Schweiz ohne Armee hochoffiziell ausarbeiten. Und ihr Modell Unterseher ist militärisch unbrauchbar.**

Falsche Lagebeurteilung

Schliesslich beurteilt der Bundesrat die Lage bezüglich der Umverteilungsinitiative genauso falsch wie 1993 bis 1997 bezüglich der Kriegsmaterialausfuhrverbotsinitiative. Man glaubte dieser Initiative einen scharfen indirekten Gegenvorschlag in Form des revidierten Kriegsmaterialgesetzes entgegensetzen zu müssen. Die Kriegsmaterialinitiative wurde aber haushoch verworfen, und nachträgliche Untersuchungen zeigen, dass der «indirekte Gegenvorschlag» für den Entscheid des Souveräns unwichtig war. **Jetzt glaubt man, man müsse die Militärausgaben weiter komprimieren und eine neue Armeekonzeption vorlegen, damit die Umverteilungsinitiative verworfen werde. Also will man die Mittel für die Verteidigung so oder so reduzieren, bevor man eine klare, auf einer seriösen Analyse beruhende Konzeption der künftigen Armee entwickelt hat. Das ist schlicht unseriös.**

Die SP-Initiative für eine Halbierung der Verteidigungsausgaben ist zustandegekommen. **Sie gehört vors Volk.** Und zuvor vor den Bundesrat und das Parlament. Dass das keine ungebührliche Eile bedeutet, zeigen die neuen gesetzlichen Bestimmungen für die Behandlung von Volksbegehren. **Seit dem 1. April 1997 müssen Initiativen binnen eines Jahres vom Bundesrat, binnen maximal zweieinhalb Jahren vom Parlament behandelt werden.** Und zwischen Einreichung und Volksabstimmung dürfen maximal 3 Jahre und 3 Monate verstreichen. Das ist für die Umverteilungsinitiative noch nicht verbindlich: Sie wurde wenige Tage vor dem Inkrafttreten der erläuterten neuen Regelung eingereicht. **Aber vom Geist des Gesetzes her sollte das auch für sie gelten.**

6 Nicht unwichtige wirtschaftliche Aspekte

Die Armee wird nicht unterhalten, um Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten. Sie ist eines der wichtigsten Instrumente der Sicherheitspolitik, damit ein wichtiges Instrument der Staatspolitik. Sicherheitspolitische Bedürfnisse und die wohlverstandenen, längerfristig beurteilten Interessen des Staates müssen sie bestimmen.
Der militärische Bereich weist aber sehr wohl auch einen wirtschaftlichen Aspekt auf. Die finanziellen Anstrengungen zugunsten der Verteidigung verpuffen nicht wirkungslos. Aus ihnen resultieren Beschäftigung und Aufträge an die Wirtschaft. Die um Arbeitsplätze und «Soziales» so besorgte Linke scheint zum Beispiel nicht zu wissen, wie viele Arbeitsplätze mit dem Sektor Militär zusammenhängen.

Pro Jahr Rüstungsaufträge von über 1 Milliarde

Auf Grund der Rüstungsprogramme von 1990 bis 1997 flossen der schweizerischen Wirtschaft Aufträge im Betrage von mehr als 6,2 Milliarden zu. Auftragnehmer waren die – nun in Aktiengesellschaften umzuwandelnden – Bundesbetriebe sowie die Privatwirtschaft. **Das entspricht im Jahr 1100 Millionen Franken. Das sind pro Jahr durchschnittlich 7300 Mann/Jahre und für die gesamte Periode rund 41 000 Mann/Jahre. Dabei ist hier die Rede von meist hochwertiger industrieller und gewerblicher Arbeit.**

Weitere Sparübungen treffen auch Gewerbe und wirtschaftlich schwache Regionen

Mit den bereits realisierten Abbauplanungen des VBS (EMD 95; Industriepotential), in deren Rahmen bis Mitte 1997 rund 3700 EMD-Stellen verschwunden sind, mit den ständigen Sparmassnahmen beim Militärdepartement, mit der weiteren Bedrohung des VBS-Budgets und der Rüstungsbetriebe wurden und werden **Tausende von Arbeitsplätzen gefährdet. Die wirtschaftlich schwachen Regionen werden davon überproportional betroffen.**
Mit der Volksabstimmung vom 10. März 1996 sanktionierten Volk und Stände die dezentrale Beschaffung der persönlichen Ausrüstung durch die Kantone. Davon profitieren besonders Kleingewerbebetriebe und Heimarbeiter in allen Landesteilen. **Diese durch die Volksabstimmung von 1996 gesicherten rund 2000 Arbeitsplätze liegen insbesondere in wirtschaftlich benachteiligten Randregionen und sind oft handwerklicher oder kleingewerblicher Natur.** Die an-

gestrebten weiteren Sparmassnahmen im Bereich des VBS werden zu weiteren Begünstigungen von industrieller vor kleingewerblicher (speziell Bekleidungsindustrie) Produktion führen und strapazieren unsere föderalistischen Strukturen.

Der Staat gefährdet heute seine Arbeitsplätze vor allem in den Alpen und im Jura und rückt damit von einer solidarischen Arbeitsvergabepolitik zugunsten der wirtschaftlich benachteiligten Regionen ab. **In den Jahren 1991 bis 1997 verschwanden in PTT, SBB und EMD um die 18 000 Stellen, 54 als «Bergregionen» definierte Landstriche sind von dieser Entwicklung überproportional betroffen. Weitere sollen folgen.** Mehr als zwei Milliarden Franken werden so schätzungsweise den ärmeren Regionen entzogen. Auch eingefleischte Ordnungspolitiker, die jeder staatlichen Wirtschaftsförderung abhold sind, vermögen die staatspolitische Bedeutung einer sinnvollen regionalen Arbeitsvergabepolitik des Bundes zu erkennen.

7 Zusammenfassung

- **Die Verteidigungsausgaben sind bis 1998 um fast ein Drittel real gesenkt worden. Die Rüstungsausgaben um mehr als ein Drittel. Bei keinem der Aufgabenbereiche des Bundes wurde so einschneidend gespart. Anders als bei anderen Aufgaben des Bundes wird die Verteidigung staatlich fast ausschliesslich vom Bund finanziert.**

- **Für die gemäss Stabilisierungsprogramm des Bundesrates zur Diskussion stehenden weiteren massiven Abstriche bei der Verteidigung fehlt jede sachbezogene Rechtfertigung. Man bedient sich dort, wo man am wenigsten Widerstand erwartet.**

- **Eine klare Vorstellung von Aufträgen, Organisation, Ausbildung und materiellen Mitteln der künftigen Armee fehlt. Die Diskussion über den jetzt vorliegenden Bericht der Studienkommission Brunner fängt erst an. Die künftige Armee wird durch die vorsorgliche weitere Kürzung der ihr zur Verfügung gestellten Finanzen präjudiziert.**

- **Die Linke hat Ende März 1997 eine Volksinitiative auf fünfzigprozentige Reduktion der Verteidigungsausgaben innerhalb von zehn Jahren ab Annahme durch Volk und Stände eingereicht. Die gleiche Linke hat inzwischen ihre Forderungen hinaufgeschraubt: Halbierung der Militärausgaben bis 2004. Der Bundesrat kommt dieser Erpressungspolitik mit seinem Stabilisierungsprogramm vielleicht auch in der Hoffnung entgegen, bessere Voraussetzungen im Blick auf einen Entscheid von Volk und Ständen über die Initiative zu schaffen. Er zieht keinerlei Lehren aus der Tatsache, dass die bisherigen eindrücklichen Sparanstrengungen bei der Verteidigung von der Linken nicht honoriert werden.**

- **Der im Gang befindliche Prozess droht zu einer Liquidierung einer glaubwürdigen Verteidigung auf kaltem Wege zu führen. Dem muss entgegengetreten werden. Da die linke Halbierungsinitiative vorliegt, ist das Volk als letzte entscheidende Instanz bezeichnet. Die Behandlung der Initiative ist rasch aufzunehmen. Weitere gravierende Präjudizien zu Lasten der Armee sind zu unterlassen.**